

Ergänzende Informationen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten („Datenschutzinformationen“)

Bauleitplanung

Beschreibung der Verarbeitung

Das Bauleitplanverfahren umfasst die Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung eines Bauleitplans und erfolgt maßgeblich nach den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB). Das BauGB sieht vor, dass der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung eines Bauleitplans zu geben ist.

Das Amt Bad Oldesloe-Land ist gesetzlich dazu verpflichtet verschiedene Aufgaben im Rahmen der Bauleitplanung auszuführen. Diese beinhalten insbesondere die Bearbeitung und Abwägung von eingehenden Stellungnahmen zu in Aufstellung befindlichen Bauleitplänen und die anschließende dauerhafte Veröffentlichung der Planunterlagen unter Berücksichtigung der baurechtlichen und datenschutzrechtlichen Vorschriften. Während dieses Prozesses ist es ggf. erforderlich die eingegangenen Stellungnahmen mit den Planunterlagen auszulegen. In diesem Zusammenhang werden personenbezogene Daten durch Beschäftigte des Amtes oder an der Bearbeitung beteiligte Dritte verarbeitet.

Verantwortliche Stelle ist:

☒: zentrale@amt-bad-oldesloe-land.de
☒: Amt Bad Oldesloe-Land
Bauabteilung
Louise-Zietz-Str. 4
23843 Bad Oldesloe

Unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten können Sie wie folgt erreichen:

☒: datenschutz@kreis-stormarn.de
☒: Kreisverwaltung Stormarn
SB 83 – gemeinsamer behördlicher Datenschutzbeauftragter
Mommsenstr. 13
23843 Bad Oldesloe

Bei Ihrer Kontaktaufnahme mit uns werden die von Ihnen mitgeteilten Daten von uns bzw. unserem Datenschutzbeauftragten gespeichert, um Ihre Fragen zu beantworten. Die in diesem Zusammenhang anfallenden Daten löschen wir bzw. unser Datenschutzbeauftragter, falls die Anfrage einem Vertrag zugeordnet wird, nach den Fristen zur Vertragslaufzeit, ansonsten nachdem die Speicherung nicht mehr erforderlich ist, oder schränken die Verarbeitung ein, falls gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen.

Verarbeitungszwecke

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Zwecke der Durchführung des Bauleitplanverfahrens, insbesondere zur Wahrnehmung der Pflicht des Amtes, im Rahmen der Planungshoheit eine geordnete städtebauliche Entwicklung und Ordnung zu sichern. Dabei sind das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dazu erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange notwendig ist. Die Erhebung erfolgt durch Untersuchungen der Amtsverwaltung oder im Auftrag der Amtsverwaltung durch Dritte, durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange.

Ergänzende Informationen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten („Datenschutzinformationen“)

Ihre personenbezogenen Daten werden daher zu folgenden Zwecken verarbeitet:

- um Ihre Stellungnahme bearbeiten und Sie später über das Ergebnis der Prüfung und deren Berücksichtigung zu informieren
- um die Beschlussfassungen in den Gremien vorbereiten und durchführen zu können
- um die Abwägungstabellen zu erstellen
- um die Planungsunterlagen rechtskonform zu veröffentlichen

Die abschließende Beschlussfassung über den Umgang mit den Stellungnahmen (Abwägungsergebnis) obliegt nach der Gemeindeordnung SH der jeweiligen Gemeindevertretung. Im Rahmen der Erstellung von Gremiumsvorlagen und Beschlussfassungen erfolgt die Nennung von Identifikationsdaten von Bürgerinnen und Bürgern nur dann, wenn diese für die Erörterung und Entscheidungsfindung erforderlich sind.

Bei der im Anschluss gem. BauGB durchzuführenden Veröffentlichung der Abwägungstabellen inkl. Stellungnahmen werden die personenbezogenen Daten von Bürgerinnen und Bürgern zuvor anonymisiert. Von Beschäftigten von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange werden ausschließlich die für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Verfahrens erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeitet.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Bauleitplanung erfolgt gemäß folgender Rechtsgrundlagen:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
- §3 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG SH)
- Div. §§ des ersten Abschnitts des BauGB bezüglich Aufstellung und Beteiligung von Öffentlichkeit und Trägern öffentlicher Belange ggf. i.V.m. den die Ausführung regelnden Verfahrenserlassen
- Div. §§ des dritten Abschnitts des BauGB bezüglich Beschlussfassung und Veröffentlichung ggf. i.V.m. den die Ausführung regelnden Verfahrenserlassen
- Zweiter Teil der Amtsordnung für Schleswig-Holstein bezüglich der Übertragung der Aufgaben zur Bauleitplanung von den amtsangehörigen Gemeinden auf das Amt

Kategorien personenbezogener Daten

- Identifikationsdaten
- Korrespondenzdaten

Quelle der personenbezogenen Daten im Falle einer Erhebung bei Dritten

Sofern wir personenbezogene Daten nicht bei Ihnen direkt erhoben haben, haben Sie einen Anspruch darauf zu erfahren, aus welchen Quellen wir personenbezogene Daten zu Ihnen erhoben haben und ob diese Quellen gegebenenfalls öffentlich zugänglich sind.

Im Rahmen der Bauleitplanung erfolgt keine Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten.

Empfänger Ihrer Daten

Ihre Daten werden nur von Beschäftigten verarbeitet, welche für die entsprechenden Aufgaben zuständig und auf Vertraulichkeit verpflichtet sind. Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt nur, soweit dies zur Zweckerreichung und/ oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich ist. Folgende Empfänger können von uns Ihre personenbezogenen Daten erhalten:

- beauftragte Dienstleister, denen die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten übertragen wurden

Ergänzende Informationen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten („Datenschutzinformationen“)

- Mitglieder der Gemeindevertretung/des Bauausschusses im Rahmen der Bauleitplanung
- andere im Bereich der Bauleitplanung zuständige Behörden und/oder Gerichte

Speicherdauer der Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden durch uns nur so lange gespeichert, wie diese zur Erfüllung des Zwecks zu dem sie erhoben wurden erforderlich sind oder wir zur weiteren Speicherung der Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung beruht, löschen wir sie zudem, sobald sie Ihre Einwilligung uns gegenüber widerrufen und keine andere Rechtsgrundlage für die weitere Verarbeitung der Daten durch uns mehr besteht.

Für die oben genannten personenbezogenen Daten/ Datenkategorien haben wir daher folgende Speicherfristen festgelegt:

Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten. Denn auch nach Ablauf der Fristen für die Erhebung einer Normenkontrollklage kann ein Bauleitplan Gegenstand einer gerichtlichen Inzidentprüfung sein. Verfahrensakte und Abwägungsvorgang müssen daher entsprechend dauerhaft verwaltungsgerichtlich verfügbar sind. Sonstige Unterlagen werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen bzw. für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Archivierungspflicht bei öffentlichen Stellen:

Wir weisen wir darauf hin, dass wir als öffentliche Stelle verpflichtet sind, die Nachvollziehbarkeit unserer Tätigkeiten und Entscheidungen sicherzustellen. Dazu erstellen wir Verfahrensakten, in die auch Ihre personenbezogenen Daten aufgenommen werden können. In bestimmten Fällen kann festgestellt werden, dass diese, aber auch weitere Aufzeichnungen, Dokumente usw. aufgrund der Bestimmungen des Landesarchivgesetzes in ein öffentliches Archiv aufzunehmen sind. In solchen Fällen werden Ihre in diesen Unterlagen vorhandenen personenbezogenen Daten an das zuständige Archiv übergeben und dort gem. Landesarchivgesetz Schleswig-Holstein (LArchG SH) verwahrt.

Mechanismen zur automatischen Entscheidungsfindung/ „Profiling“

Wir verwenden keine Mechanismen zur automatischen Entscheidungsfindung (z.B. „Künstliche Intelligenz“) und Ihre Daten werden nicht gesammelt und ausgewertet, um Persönlichkeits-, Verhaltens-, Bewegungsprofile o. Ä. von Ihnen zu erstellen, d. h. es findet kein sogenanntes „Profiling“ statt.

Ihre Rechte

Als betroffene Person haben Sie nach den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) folgende Rechte:

Beruh die Datenverarbeitung auf Ihrer Einwilligung, so dürfen Sie diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

Wenden Sie sich dazu gern an die oben genannte Kontaktmöglichkeit bei uns („Verantwortliche Stelle“). Ihr Widerruf ist an keine besondere Form gebunden. Wir empfehlen aber im Sinne einer zügigen Bearbeitung, diesen schriftlich einzulegen, da wir verpflichtet sind, ihn vor Ausführung auf Legitimation zu überprüfen.

Ergänzende Informationen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten („Datenschutzinformationen“)

Sie können bei uns die Auskunft verlangen, ob wir personenbezogene Daten zu Ihrer Person verarbeiten. Sofern dies zutrifft, haben Sie Anspruch auf die Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten sowie weitere Umstände der Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).

Sie können von uns die Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten, die von uns zu Ihrer Person verarbeitet werden, verlangen. Ebenso können Sie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten verlangen. (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sie haben das Recht, zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und mit der Wahrnehmung Ihrer Rechte gemäß der DSGVO im Zusammenhang stehenden Fragen unseren oben genannten behördlichen Datenschutzbeauftragten zu Rate ziehen (Art. 38 Abs. 4 DSGVO).

Beschwerderecht

Sie haben das Recht sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DSGVO oder eine andere datenschutzrechtliche Vorschrift verstößt (Art. 77 DSGVO). Die Wahl der Aufsichtsbehörde (z.B. die an Ihrem Wohnort zuständige, oder die für die verantwortliche Stelle zuständige) ist Ihnen freigestellt. Eine Übersicht der deutschen Datenschutzaufsichtsbehörden können Sie zum Beispiel auf der Internetseite der deutschen Datenschutzkonferenz (DSK) finden: <https://www.datenschutzkonferenz-online.de/datenschutzaufsichtsbehoerden.html>